



## **Änderungsantrag**

der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW

### **Psychosoziale Beratung von HIV-Positiven und -Gefährdeten in Flensburg**

Drucksache 15/ 3383

Der Landtag wolle beschließen:

- Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, eine psychosoziale Beratung zu Fragen von HIV und AIDS in Flensburg in gleicher Höhe wie bisher mit Landesmitteln zu fördern.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine regionale Lösung zu unterstützen, bei der auch in Zukunft nach Möglichkeit ein freier Träger die psychosoziale Beratung und die Koordinierung der HIV-Prävention in Flensburg übernimmt.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich mit der Stadt Flensburg auf einen Rahmen für die gemeinsame Förderung einer solchen psychosozialen Beratung zu verständigen, so dass diese Hilfestellung für HIV-Positive und Gefährdete so schnell wie möglich, spätestens zum 1. Juni 2004, wieder angeboten werden kann.

Begründung:

Die Präventionsarbeit und psychosoziale Beratung in Verbindung mit HIV und AIDS in Flensburg ist nicht länger gewährleistet, seit dem die „AIDS-Hilfe Flensburg e. V.“ im Januar 2004 ihre Arbeit eingestellt hat.

Die Aufgabe der HIV-Primärprävention in Flensburg soll nach Auffassung des Landes zukünftig durch die „Landesvereinigung für Gesundheitsförderung“ übernommen werden. Das Sozialministerium hat aber angekündigt, sich aus der Finanzierung der psychosozialen Beratung zurückzuziehen und fordert gleichzeitig, dass die örtliche Koordination der Primärprävention bei der Stadt Flensburg angebunden wird.

Die Stadt Flensburg ihrerseits favorisiert die Ansiedlung der Beratungs- und Koordinierungsaufgaben bei einem Wohlfahrtsverband und hat bereits eine entsprechende Lösung entwickelt. Da die freie Trägerschaft der Beratung sich andernorts bewährt hat, gibt es auch keine grundsätzlichen Einwände gegen einen freien Träger. Eine Eingliederung in die Abteilung Gesundheitsdienste der Stadt Flensburg entspräche zudem nicht den Anforderungen an ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für die Betroffenen.

Anna Schlosser-Keichel  
und Fraktion

Angelika Birk  
und Fraktion

Silke Hinrichsen  
und die Abgeordneten  
des SSW